

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Die indischen Parteien: Programmatik zwischen Ideologie, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Interessen

Dr. Klaus Julian Voll - India-Europe-Consultancy, New Delhi

Ein Beitrag aus der Tagung:

Politik – Religion – Gewalt

Indien nach den Wahlen

Bad Boll, 18. – 20. September 2009, Tagungsnummer: 640309

Tagungsleitung: Wolfgang Wagner, Walter Hahn

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2009 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Die indischen Parteien: Programmatik zwischen Ideologie, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Interessen

Dr. Klaus Julian Voll - India-Europe-Consultancy, New Delhi

Demokratie, Säkularismus, Sozialismus und Blockfreiheit - die Säulen der Kernparteien der demokratisch legitimierten Staatsklasse - entpuppten sich angesichts beachtlicher Wirtschafts- und Sozial-Krisen in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zunehmend als Leerformeln. Nach groß angelegten sozialwissenschaftlichen Umfragen hielten aber gerade die benachteiligten Schichten die Fahne der Demokratie gegen weit verbreitete autoritäre und anti-demokratische Vorstellungen in Teilen des Bürgertums und der Mittelschichten hoch.

Angesichts der Vielzahl indischer Parteien, sowohl innerhalb des Parlaments aber auch speziell außerhalb, will ich mich auf die wichtigsten unter ihnen konzentrieren.

Meines Erachtens lassen sich mehrere ideologische sowie wirtschaftliche, soziale und religiöse Interessen vertretende Strömungen erkennen:

- 1. Eine Art zentristisch-populistische, aber auch etwas nach „links“ neigende Richtung, die durch den *Congress*, Indiens älteste und 1885 gegründete Partei, vertreten wird.
- 2. Die hindu-nationalistische *Bharatiya Janata Party* (Indische Volkspartei/BJP) könnte als diejenige politische Kraft bezeichnet werden, die „rechts“ von der Mitte das konservative Lager einschließlich „wirtschafts-liberaler“ aber auch faschistoider Tendenzen in Teilen der indischen Gesellschaft repräsentiert.

Die Hindu-Nationalisten der BJP schafften es erst mit der Wahl 1989, aus ihrem gesellschaftspolitischen Ghetto mit einem Stimmenanteil von bis dahin konstant weniger als 10 % heraus zu treten.

- 3. Die parlamentarische indische Linke, die sich aus mehreren Parteien zusammen setzt, wird von der *Communist Party of India/Marxist* (CPI/M) angeführt und weist eine beachtliche Differenz zwischen orthodox marxistisch-leninistischer Ideologie und, wie manche meinen, „sozialdemokratischer“ Praxis auf.

Die CPI/M zeichnet eine erbitterte ideologische Gegnerschaft zu den Kräften des Hindu-Nationalismus aus, obwohl sie mit der BJP durchaus pragmatische Zweckbündnisse mit Blick auf Wahlen und den temporären Machterhalt (1989/90) abschloß, um den Congress zu schwächen und von der Macht fern zu halten. Auch 2008 beim Mißtrauensantrag gegen die von Dr. Manmohan Singh geführte UPA-Regierung gingen beide Parteien geeint vor.

- 4. Verschiedene regionale Parteien, die aus unterschiedlichen ideologischen Strömungen hervor gegangen sind. Dabei spielt auch in einigen Staaten das ideologische Erbe der einst recht starken Sozialisten (Ram Manohar Lohia) immer noch eine Rolle.

Als mittlerweile anerkannte „nationale“ Partei und mit dem dritthöchsten Stimmenanteil 2009 kann die *Bahujan Samaj Party* (BSP) in dieses Lager der vom Anspruch her „sozial-emanzipatorischen“ Parteien gerechnet werden. Sie beruft sich in ihren ideologischen Traditionen u. a. auf Dr. Ambedkar, den Vater der indischen Verfassung, und ihren Begründer Kanshi Ram. - Unter den zahlreichen regionalen bzw. auf einen einzigen Staat begrenzten Parteien findet sich aber auch die faktisch auf Maharashtra beschränkte faschistoide *Shiv Sena*.

Politische Ideologie und innere Demokratie

Machen diese Klassifizierungen im indischen Kontext eigentlich Sinn? Spielt Ideologie überhaupt eine wichtige Rolle? Sind dies nicht alles nur fragwürdige Hilfskonstruktionen, damit wir Europäer und Westler uns halbwegs im Dschungel der indischen Politik zu Recht finden? Der bekannte ehemalige Professor Ashish Nandy, Center for the Studies of Developing Societies (CSDS) in Delhi, (dieses Institut führt wohl die besten empirischen Analysen zu Wählerverhalten und Wahlen in Indien durch), sagt zur These, dass Ideologie in der indischen Politik nur eine sehr untergeordnete Rolle spiele: „Ja, ich stimme dem zu. Alle vorhandenen Daten belegen dies. Zum Beispiel ist die Ideologie der BJP nur bei 10% ihrer Anhänger ein Faktor bei der Wahl für die BJP. Deshalb stimmen auch so viele Muslime für sie.“¹

Oder lässt die Existenz von insgesamt 120 politischen Familien², darunter - mittlerweile bereits über mehrere Generationen hinweg - auch einige regelrechte Dynastien, nicht vielmehr den Schluss zu, dass hier vielleicht das „*eherne Gesetz der Oligarchie*“ (Robert Michels) wirkt? Das „dynastische Prinzip“³ blickt auf eine Jahrtausende alte Geschichte in Indien zurück, selbst ehemaligen *Royals* gelingt es auch heute noch, über den demokratischen Prozess in die Parlamente zu kommen.

Zur Ideologie: 1988 unterhielt ich mich mit L. K. Advani und sagte ihm, dass die BJP doch eine Art konservative, nach „rechts“ ausgerichtete Partei sei. Er wies diese seiner Ansicht nach aus Europa kommende Klassifizierung völlig zurück und gab zu bedenken, dass derartige Begriffe zum Verständnis des Stellenwerts indischer Parteien nicht tragfähig seien.

Andererseits beruft sich die BJP sehr stark auf die ideologischen Wurzeln der 1925 gegründeten Kaderorganisation des *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS), deren Gründer sich auch am italienischen und deutschen Faschismus und deren totalitären Ordnungsmustern orientierten. Das Verhältnis zu dieser mächtigen und mehrere Millionen Mitglieder zählenden Kaderorganisation mit zahlreichen Netzwerken bestimmt bis heute in signifikanter Weise Programmatik, Personalpolitik und Strategien der BJP.

Sudheendra Kulkarni, ein führender Berater des ehemaligen Premiers Vajpayee und ein Mitglied der „Wahlstrategie-Gruppe 2009“ der BJP, beobachtete eine „weit verbreitete ideologische Konfusion in der Partei darüber, was das Eintreten der BJP für *Hindutva* tatsächlich bedeute.“⁴

Er unterstellt, dass selbst innerhalb der Hindu-Gesellschaft die Hindu-Basis der Partei klein sei und es daher verhindere, dass durch sie allein die BJP auf zentraler Ebene zur Macht gelangen könne. Kul-

¹ Ashish Nandy in privater Kommunikation mit dem Referenten (4. 9. 2009): “Yes, I agree with this. So does all available data. For example, the BJP's ideology is a factor in voting for BJP in only around 10 % BJP supporters. That is why so many Muslims vote for it.”

² Nach einer Auswertung der Wochenzeitschrift *The Week* in 2004

³ Gespräch mit Frau Dhawan, Schwester von Shiela Dikshit, der Ministerpräsidentin von Delhi am 20. 9. 2009

⁴ Sudheendra Kulkarni: *Hindu Divided Family*. Tehelka, 13. 6. 2009, Vol. 6, Issue 23, New Delhi. 12 – Sudheendra Kulkarni trat kurz nach dem Parteiausschluss von Jaswant Singh im August 2009 wegen ideologischer Differenzen aus der BJP aus.

karni beklagt, dass die BJP, u. a. durch die völlige Ablehnung des *Sachar-Berichts* über die Lage der Muslime, es nicht vermochte, wenigstens teilweise Unterstützung aus dem Lager der Muslime, geschweige denn der Christen zu gewinnen. Die Minderheiten-Zelle (*Minority Morcha*) sei ein „nicht funktionierendes“ Gremium.

Um den seit 2004 wieder etwas erstarkten *Congress* war es Ende der 1990er Jahre und zu Beginn dieses Jahrzehnts keineswegs gut bestellt. Jaipal Reddy, heute Minister für städtische Entwicklung, sagte zu Beginn dieses Jahrzehnts: „*Sonia Gandhi ist der Klebstoff, der den Congress zusammen hält, sonst könnte die Partei wie die Janata Party oder die Janata Dal in mehrere Bestandteile zerfallen.*“

Jug Suraya, Kommentator der weltweit auflagenstärksten Tageszeitung *The Times of India*, meint: „*...in der indischen Politik von heute zählt die Ideologie nichts und der Persönlichkeitskult alles. Politik in Indien bedeutet die Politik der Persönlichkeit. - Vergesst Ideologie, sei es Hindutva oder Marxismus: Ideologie wirkt nicht in Indien. Was funktioniert ist Politik als Familienunternehmen mit einer klaren Erbfolge.*“⁵

Ideologie spielt auch deshalb eine sehr untergeordnete Rolle, weil viele Politiker nicht wirklich daran glauben und sie bestenfalls als ein Vehikel auf dem Weg zur Macht benutzen. Das rapide Anwachsen der Mittelschichten⁶ und die hohen Wachstumsraten der Wirtschaft, die auch einen maßgeblichen Faktor für den Zusammenhalt der Indischen Union bilden, dürften zu diesem Phänomen außerdem dazu beigetragen haben.⁷

Eine aufgeklärte städtische Wählerin meint, ausschlaggebend seien die sozialen und wirtschaftlichen Vorstellungen sowie vorzeigbaren Arbeitsergebnisse der KandidatenInnen und nicht die ideologischen und religiösen Überzeugungen der Partei. Diese Sicht gelte allerdings auf keinen Fall für ländliche WählerInnen. Ihre „*Stimmen-Bänke*“ würden über populistische Versprechungen (billige Nahrungsmittel, kostenlose Plastikeimer etc.) gewonnen, „*die den Politiker bevorteilten und damit den Kreislauf von Korruption und Armut fortsetzten.*“⁸

Raj Chengappa, geschäftsführender Herausgeber der politischen Wochenzeitschrift *India Today*, meint jedoch, dass sich zwar die Ideologien auf dem Rückzug befänden, „*aber die umfassendere Ideologie handelt heute von Entwicklung, Regierungsperformanz und wirtschaftlicher Reform und ein nationaler Konsensus über einige dieser Themen ist im Entstehen, sodass politische Parteien gezwungen werden, ihr ideologisches Kostüm diesen Aspirationen anzupassen.*“⁹

⁵ Jug Suraiya: *Parivar & Family*. *The Times of India*, 26. 8. 2009, p. 22 („in Indian politics today ideology counts for nothing, and the cult of personality counts for everything. Politics in India means the politics of personality. – Forget ideology, whether it’s Hindutva or Marxism: ideology doesn’t work in Indian politics. What works is politics as family business, with a clear line of succession.”)

⁶ Vgl. dazu Dipankar Gupta: *The Caged Phoenix. Can India Fly?*, New Delhi, 2009. Der Autor setzt sich im Kapitel 5 „The Middle-Class Myth. Who Buys What in India?“ (S. 68 – 83) sehr kritisch und realistisch zugleich mit diesem Begriff auseinander.

⁷ Dhawan, a. a. O.

⁸ Suruchi Jain, Kunstwissenschaftlerin, in persönlicher Kommunikation mit dem Autor am 6. 9. 2009

⁹ Persönliche Kommunikation mit Raj Chengappa: „Generally that assessment would be correct – the larger ideology today is one of development, governance and economic reform- there is national consensus emerging on some of these issues and political parties are forced to tailor their ideological cloth to suit these aspirations.“

Innere Demokratie

Wie steht es um die „innere Demokratie“ in den indischen Parteien? Erinnern nicht manche ihrer Führungsfiguren eher an politische FeldherrenInnen, die sich von ihren Bungalows bzw. Parteihauptquartieren aus an den Allianzbildungen, Schachzügen und Rankünen auf nationaler und, für viele Akteure hinsichtlich des Manövrierspielraums beschränkt, auf einzelstaatlicher sowie bestenfalls regionaler Ebene beteiligen?

Wechsel von einer Partei zu einer anderen sind keine Seltenheit. Es gibt wahre Trapezkünstler¹⁰ in der Manege der indischen Politik, die es durchaus schafften, in wenigen Jahren bis zu vier ideologisch unterschiedlich orientierten Parteien anzugehören. Die Kaderparteien der Kommunisten und BJP sind von dieser Fluktuation jedoch weitgehend frei, wobei die BJP in der Phase ihrer gesellschaftspolitischen Öffnung speziell 1998 kurz vor ihrem Machtantritt sich als Auffangbecken für Dissidenten und Opportunisten speziell aus dem *Congress* und aus anderen Parteien erwies. Das Wechseln von einer Partei zu einer anderen, einschließlich ihrer „party workers“, findet sowohl auf nationaler als auch einzelstaatlicher Ebene statt.

„Innere Demokratie“ ist praktisch in allen Parteien ein Fremdwort. Es finden keine wirklichen Programmdiskussionen z. B. im *Congress* statt.¹¹ BJP und Kommunisten halten mehr oder minder ritualisierte Wahlen in ihren Kaderparteien ab. Fehlanzeige auch beim *Congress* in den Landesverbänden: „*Unter dem Banyan-Baum der Gandhi-Dynastie wachsen keine starken Regionalpolitiker bzw. Politiker mit nationaler Anziehungskraft*“, so der erfahrene politische Analytiker und ehemalige BBC-Journalist Mark Tully. Wenn auch die interne Demokratie in der Partei der Nehru-Gandhi Dynastie begrenzt ist, so können sich starke und artikulationsfähige Persönlichkeiten in ihren Gremien durchaus Gehör verschaffen.¹²

Prabhu Chawla, Herausgeber der politischen Wochenzeitschrift *India Today* beobachtet: „*Selbst ein cursorscher Blick auf die parlamentarische Namensliste wird einen überzeugen, dass es keinen Platz auf der Welt gibt, der so fruchtbar fuer politische Dynastien ist wie Indien. Nabezu ein Drittel der Mitglieder der 15. Lok Sabha sind Verwandte von Führern verschiedener Parteien. Und ihre Zahlen werden zweifelsohne anwachsen. Es ist der Triumph der Erbfolge über die Ideologie.*“¹³

Mahesh Rangarajan, Historiker an der *Delhi University* und Kolumnist, sieht darin Parallelen zu den indischen Geschäfts- und Unternehmer-Familien, die Führung und Nachfolge im 20. Jahrhundert und auch bis heute meistens innerhalb der Familien regeln. „*Verwandtschaft und Familie besetzen die Hauptbühne im Staatswesen. – Aber wie werden die auf Verdiensten beruhenden Ideen im Herzen der Demokratie die Un-*

¹⁰ Ein gutes Beispiel aus juengerer Zeit ist der sehr belesene Arif Mohammed Khan, der vom *Congress* ueber *Janata Dal* und *BSP* zur *BJP* innerhalb von kapp zwei Jahrzehnten wechselte. Er fungierte sowohl als Minister unter *Indira Gandhi* als auch als Energie-Minister unter *V. P. Singh*. Er vertritt aufgeklärte Positionen des Islam in nationalen Zeitungen und Zeitschriften.

¹¹ Vgl. Dhawan a. a. O.

¹² Sinngemaess Dhawan, a. a. O.

¹³ Prabhu Chawla: *It's the Genealogy. Stupid! India Today*, 24. 8. 2009, p.27 („Even a cursory glance at the parliamentary roster will convince You that there is no place in the world which is as fertile for political dynasties as India. Nearly a third of the members of the 15th Lok Sabha are relatives of leaders of various parties. And their numbers will no doubt keep growing. It is the triumph of genealogy over ideology. - ..in India leadership is not earned, it is inherited or grabbed.”)

gleichheit im Kern des Begriffs, dass Erbfolge eine wesentliche Rolle bei der Macht spielt, zügeln? Die Herausforderung liegt im Zentrum der weiteren Evolution des Staatswesens und der Gesellschaft im Ganzen.“¹⁴

Rahul Gandhi, Generalsekretär des *Congress* und Sohn der Parteipräsidentin Sonia Gandhi, scheint diesen Strukturdefekt in seiner Partei erkannt zu haben und versucht nun systematisch, die vom „High Command“ von Delhi aus geführte Partei von Grund auf zu „demokratisieren“. Er setzt auf frisch angeworbene junge, fähige Mitglieder in verschiedenen Einzelstaaten und veranlasste bereits interne Wahlen in der Jugendorganisation sowie dem Studentenverband der Partei. Kritiker unterstellen, dass diese Versuche am Widerstand der einflussreichen und finanzstarken politischen Familien in seiner Partei scheitern könnten.

Jaswant Singh¹⁵, mittlerweile parteiloses Mitglied der *Lok Sabha* und früherer Außen-, Finanz- und Verteidigungsminister in der von der BJP geführten *National-Demokratischen Allianz* (NDA) zwischen 1998 und 2004, meint: *„Alle Parteien sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Familien-Lehngüter geworden und die BJP ist eine Sekte.“¹⁶* In einem anderen Interview sagte er: *„Die BJP ist auf dem Weg eine indische Version des Ku Klux Klan zu werden.“*

Parteiprogramme ohne Öffentlichkeit?

Nicht nur in Indien, aber dort wohl besonders, spielen Parteiprogramme eine äußerst untergeordnete bzw. in nicht wenigen Fällen de facto überhaupt keine Rolle. Den Luxus eines Parteitags, der sich ausschließlich der Programmatik widmet, geschweige denn von jahrelang werkenden Programm-Kommissionen wie z. B. in der SPD, leistet sich keine Partei, abgesehen von den Kommunisten und bis zu einem gewissen Grade bestenfalls die BJP. Allerdings unterzog sich der *Congress* nach der Serie schwerer Niederlagen zwischen 1996 und 1999 auch einem internen Konklave.

Ein Beispiel für diese These: Als ich 1996 meinen langjährigen Gesprächspartner Jaswant Singh zu seinem „wichtigen Amt als Vorsitzender“ der kurz vor dem Wahlkampf eingesetzten Programm-Kommission der BJP gratulierte, schaute er mich lächelnd an und sagte: „Wollen Sie sich über mich lustig machen?“ („Do You want to make fun of me?“) Als ich das Programm der BJP für die Unterhauswahl 2009 als sehr umfassend und detailliert lobte, nannte er dies „ein Stück Papier“.¹⁷

Selbst der unermüdliche Ideologe Surendra Mohan, letzter Generalsekretär der alten „*Praja Socialist Party*“ und Verfasser der Programme der 1989/90 und 1996/97 regierenden *Janata Dal*, räumt die weitgehende Insignifikanz derartiger Programme ein. Die *BSP* legte zum Beispiel bei der letzten Unterhauswahl erst gar kein Programm vor.

¹⁴ Mahesh Rangarajan: Lineage Playing Larger Role in Polity. *Mail Today*, 17. 8. 2009, p. 10 („Kingship and family have come to occupy centre stage in the polity. – But how will the merit-based ideas at the heart of democracy restrain the inequity at the heart of the notion, that lineage plays a key role in power? The challenge lies at the core of the further evolution of the polity and of society at large.“)

¹⁵ Jaswant Singh, früherer das „liberale“ Antlitz der BJP und engster Vertrauter des früheren Premierministers Atal Bihari Vajpayee, wurde nach der Veröffentlichung seines Buches über Mohammed Ali Jinnah im August 2009 aus der BJP ausgeschlossen.

¹⁶ Jaswant Singh: „All parties have become private limited companies or family fiefdoms and the BJP is a sect.“ Interview mit Harinder Baweja, *Tehelka*, 5. September 2009, p. 11 – Jaswant Singh: „The BJP is becoming an Indian version of the Ku Klux Klan.“ – Der aus der *Rashtriya Janata Dal* (RJD) ausgetretene bisherige Vize-Präsident Mohammed Taslimuddin unterstellte, dass Partei-Präsident Laloo Prasad Yadav die RJD als „persönliches Eigentum“ führe.

¹⁷ Gespräch mit Jaswant Singh am 3. September 2009 in seiner Residenz.

Ashish Nandy sagt kategorisch: „Parteiprogramme spielen keinerlei Rolle bei Wahlen und Wahlentscheidungen. Alle Untersuchungen zeigen dies und jeder politische Funktionär gibt dies zu. Die meisten Parteiführer lesen sogar nicht ihre Parteimanifeste.“¹⁸

Raj Chengappa meint dagegen, dass Parteiprogrammatik im weiteren Sinne eher eine zunehmende Rolle spiele: „Früher dominierten Kasten-Überlegungen, lokale Faktoren und regionale Aspirationen. Aber nun nehmen Regierungsergebnisse und politische Fragen einen hohen Stellenwert ein – die letzte Wahlen bewiesen es – das Nationale landwirtschaftliche Beschäftigungsgarantie-programm bewirkte einen Unterschied besonders in den ländlichen Gebieten.“¹⁹

Kurzanalysen der Parteiprogramme

Die vergleichende Analyse der Programme der wichtigsten Parteien soll die wesentlichen Unterschiede der grundlegenden politischen Strömungen bei der Unterhauswahl 2009 verdeutlichen:

Congress

Der *Congress* beruft sich auf die Traditionen von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru und betont seine „gesamtindische Perspektive mit einer gesamtindischen Präsenz.“ Als seine zentralen Werte und Ideologie werden „Säkularismus, Nationalismus, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Wachstum für alle, speziell den *aam admi* (gemeinen Mann)“ sowie die „Harmonie zwischen den Religionsgemeinschaften“ (communal harmony) angeführt.

Das Parteiprogramm sieht als den wichtigsten Widersacher die BJP. Der *Congress* betont seinen „säkularen, liberalen Nationalismus“ gegenüber dem „engen Kommunalismus“ der BJP, die versuche, „unsere Gesellschaft zu spalten und zu fragmentieren.“ „Der säkulare und liberale Nationalismus des Indischen Nationalkongresses hat einen gleichberechtigten Platz für jeden Inder. Es ist eine inklusive Vision. Der enge und kommunale Nationalismus der BJP leugnet Gleichheit und gleiche Rechte für große Teile unseres Volkes. Es ist eine ausschließende Doktrin. ...-Religiöse Polarisierung, die wesentlich für die BJP ist, untergräbt unsere Fähigkeit den Terrorismus zu bekämpfen.“

Die „Dritte Front“ wird als ein „Rezept für Chaos“ und „politische Instabilität“ bezeichnet. Die Linke wird der taktischen Zusammenarbeit mit der BJP bezichtigt und für deren Wachstum mit verantwortlich gemacht.

Im wirtschaftlichen Bereich reklamiert der *Congress* „einen mittleren Weg“ (Middle Path), der für alle gesellschaftlichen Bereiche und auch die Außenpolitik gelte, mit einer Balance zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor. Neben dem Beschäftigungswachstum im organisierten Sektor der Volkswirtschaft müsse der „Lebensunterhalt im unorganisierten Sektor geschützt werden.“

Die Partei verwies auf ihre Erfolge in der Koalitionsregierung der „Vereinigten Fortschrittlichen Allianz“ (United Progressive Alliance/UPA) zwischen 2004 und 2009, so u. a. das „Nationale ländliche Beschäfti-

¹⁸ Ashish Nandy, a. a. O.: „Party programmes play no role whatsoever in elections and voting decisions. All surveys show that and every political functionary admits that. Most of the party leaders do not even read their party manifestos.“

¹⁹ Raj Chengappa, a. a. O.: „Increasingly yes – earlier caste considerations, local factors and regional aspirations dominated. But now governance and policy issues figure high – the last general elections proved it – the National Rural Employment Guarantee Scheme is an example of a policy making a difference especially in rural areas.“

„*gungsgarantie-Gesetz*“ (National Rural Employment Guarantee Scheme Act/NREGA)²⁰, die „*ationale ländliche Gesundheits-Mission*“ (National Rural Health Mission), fünf Jahre hohen wirtschaftlichen Wachstums (8.5%), die „*ationale städtische Erneuerungs-Mission*“ (Jawaharlal Nehru National Urban Renewal Mission/JNNURM) und auf die außenpolitischen Erfolge („*Indien hat heute einen Ehrenplatz in jedem globalen Forum.*“)

Wichtige Wahlversprechen für die Legislaturperiode von 2009 bis 2014 sind: Eine maximal mögliche Sicherheit für jeden Bürger, eine erhöhte Verteidigungsbereitschaft, Polizeireformen, eine Erweiterung von NREGA für jedes männliche Familienmitglied, das die Bedingungen erfüllt, ein „*ationales Nahrungsmittel-Sicherungsgesetz*“; soziale Absicherung von Menschen mit speziellen Risiken (von Frauen geführte Haushalte, Behinderte, städtische Obdachlose etc.), eine Verbesserung des Erziehungswesens auf allen Ebenen, der Ausbau der Berufserziehung (*demographische Dividende*), Bankkredite zu niedrigeren Zinssätzen für Klein- und Mittelbauern, nachdem auf die Rückzahlung gegebener Kredite an Bauern (*Loan Waiver Scheme*) im Vorfeld der Wahl in großem Umfang verzichtet wurde, sowie die Garantie von staatlichen Erzeugerpreisen für Agrarprodukte.

Die Stärkung der Genossenschaften, die Ermächtigung der schwächeren Teile der Gesellschaft (Dalits und Adivasis, andere rückständige Kasten, Minderheiten und Frauen), vor allem auch der Muslime (Empfehlungen des Rajinder Sachar-Berichts) und damit verbunden ein entschiedenes Vorgehen gegen *Kommunalismus* und Gräueltaten gegen Dalits und Frauen, ein Vorgehen gegen Kinderarbeit und Kinderheiraten, der Schutz von Mädchen, die Erweiterung der Informationstechnologie in die kleineren Städte, die Förderung von Klein- und Mittel-Unternehmern, hohes Wirtschaftswachstum, fiskalische Vorsicht und niedere Inflation bildeten weitere Schwerpunkte der Wahlversprechen, ergänzt durch die Absichtserklärung, die Jugend in Regierungsverantwortung einzubeziehen, den Schutz der Umwelt, eine Erneuerung von Wissenschaft und Technologie sowie vor allem auch Rechtsreformen, das Bewahren des kulturellen Erbes, Energiesicherheit, eine unabhängige und pro-indische Außenpolitik sowohl im regionalen als auch globalen Kontext bildeten weitere Versprechen.

Bharatiya Janata Party

Das Programm der BJP beginnt mit einem ausführlichen Vorwort von Dr. Murli Manohar Joshi²¹, dem Vorsitzenden des Parteiprogramm-Ausschusses. Er betont die große zivilisatorische Vergangenheit Indiens und vertritt die Auffassung, dass speziell unter dem von den Briten eingeführten Erziehungssystem viele Inder „*die kulturelle und zivilisatorische Größe Indiens, aber auch seine technologischen Errungenschaften und im Überfluss vorhandenen natürlichen Ressourcen*“ aus den Augen verloren hätten. Er beschreibt ausführlich diese Vergangenheit und verweist darauf, dass im Jahre 1600 Indiens Anteil „am Welt-BSP“ angeblich 22.5%“ betragen habe und bis 1870 auf 12.25% gesunken sei. Außerdem: „*Hindus sind wohl bekannt für ihren Glauben in die Harmonie der Religionen.*“

Für seine Stabilität und Sicherheit benötige Indien einen entscheidungsstarken Führer, ganz im Gegensatz zu den Qualitäten des „*schwächsten Premierministers, den das Land je hatte.*“ Dem UPA-Regime wird Versagen bei der inneren und äußeren Sicherheit sowie dem Management der Wirtschaft (u. a. hohe Arbeitsplatzverluste im unorganisierten Sektor) und Schutz von Korruption auf den höchsten

²⁰ NREGA garantierte bislang für einen ländlichen Haushalt unterhalb der Armutsgrenze 100 Tage jährlich in öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen.

²¹ Dr. Murli Manohar Joshi, zu Beginn der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts kurze Zeit BJP-Präsident und von 1998 bis 2004 Kabinettsminister für *Human Resource Development*, gilt als einer der harten Verfechter der *Hindutva*-Ideologie und steht dem RSS sehr nahe. Während seiner Amtszeit wurden zahlreiche akademische Institutionen von Verfechtern der *Hindutva*-Ideologie infiltriert und Schulbücher umgeschrieben.

Ebenen vorgeworfen. Die Apathie der Regierung habe zu hohen Selbstmordraten im ländlichen Sektor geführt.

Die BJP stellte L. K. Advani als starke Führungspersönlichkeit, die das Land brauche, in den Mittelpunkt ihrer Kampagne für *Gutes Regieren, Entwicklung und Sicherheit*. Sie warf dem Congress vor allem im Sicherheitsbereich Versagen vor: „Die letzten fünf Jahre waren ein Albtraum für die Bevölkerung dieses Landes, in denen Terroristen, Separatisten und Aufständische die kraftlose UPA-Regierung zu einem makabren Tanz des Todes und der Zerstörung führten.“ Neben den aus Pakistan kommenden Terroristen werden u. a. die Maoisten und die secessionistische „Vereinte Befreiungsfront von Assam“ (United Liberation Front of Asom/ULFA) sowie die „illegale Einwanderung entlang unserer östlichen Grenze“ prominent erwähnt.

Die BJP versprach u. a. eine „Wiederbelebung des Anti-Terror Mechanismus“, die verbesserte Wiedereinführung des umstrittenen POTA-Gesetzes (*Prevention of Terrorist Act*), ein massives Vorgehen gegen illegale Einwanderung sowie eine „völlige Umstrukturierung der internen und externen Sicherheitsagenturen“. Alle weiteren Maßnahmen (Schutz der Küste, schnell arbeitende Sondergerichte etc.) sollten dem Ziel eines starken Staates mit einer eindeutigen Antwort dienen.

Die BJP tritt auf der Grundlage „eines aufgeklärten Eigeninteresses“ explizit für eine multi-polare Welt ohne Dominanzverhältnisse ein. Sie bekennt sich zu guten Beziehungen zu den USA – die paradigmatische Annäherung fand während des BJP-Regimes statt – und zur Stärkung „der indisch-amerikanischen strategischen Partnerschaft auf dem Prinzip der Gleichheit. – Aber wir werden keinen Kompromiss weder bezüglich Indiens nationalem Interesse oder hinsichtlich der Beziehungen mit einem anderen befreundeten Land eingehen.“ Der gleichzeitige Aufstieg von China und Indien sei möglich. „Indien hat eine besondere Rolle in der Region des Indischen Ozeans zu spielen und wir werden dies tatkräftig verfolgen.“ Eine differenzierte Politik wird gegenüber den südasiatischen Nachbarn propagiert mit einer eindeutigen Forderung an Pakistan, die dortige terroristische Infrastruktur aufzulösen.

Die Verteidigungskraft soll entscheidend gestärkt werden, u. a. durch „ein unabhängiges strategisches Nuklearprogramm.“

Nahrungsmittelsicherheit und ein „von Hunger freies Indien“, u. a. durch eine Stärkung des Öffentlichen Verteilungssystems, sowie Energiesicherheit mit zusätzlichen 120 000 MW bildeten wichtige Prioritäten der BJP, die 2004 mit ihrer „India Shining Campaign“ unter Vernachlässigung des ländlichen Indiens abgewählt wurde.

Die „rezessive Wirtschaft“ solle angesichts der chronischen Arbeitslosigkeit auf ein mehr „beschäftigungsorientiertes Wachstum“ hin orientiert werden, u. a. durch einen intensiven Ausbau der Infrastruktur. In den wachsenden Städten gelte es Unterkünfte für alle zu schaffen. Die Verknüpfung des städtischen und ländlichen Indiens solle zu einer Verringerung der Landflucht führen, u. a. durch einen ganzen Kranz von Fördermaßnahmen für Bauern.

Die BJP lehnt kategorisch „ausländische Investitionen im Einzelhandel“ ab, eine Position, die sie mit den Kommunisten teilt. Sie propagiert Arbeitsmarkt-Reformen, will den Genossenschafts-sektor, die Verbraucherrechte, die Jugend und allgemeine Schulausbildung, einschließlich der Sekundarschulausbildung, für jeden fördern, vor allem aber auch Berufsausbildung sowie in sehr differenzierter Form die Verbindung von Wissenschaft und Technologie. Ein nationales Modernisierungsprogramm für Koran-Schulen (*Madarsas*) wird angekündigt.

Indien wird als *IT-Supermacht* gesehen, die IT-Anwendung soll auf der Grundlage eines *National e-Governance Plan* tief in alle Gesellschaftsbereiche wirken.

Die Förderung des Jugendsports, die vor allem wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen und Gleichheit der Geschlechter, soziale Gerechtigkeit für *Dalits* und Angehörige der *Anderen rückständigen Klassen* (OBC's) sowie anderer schwächerer Sektionen, insbesondere auch der *Adivasis* (Ursprungsbewohner, als sogenannte *Tribals* bezeichnet), sind weitere Wahlversprechen.

Jammu & Kashmir sei integraler Bestandteil der Indischen Union. „*Sein Status ist nicht verhandelbar...*“ Die „*Rückkehr in Würde*“ der vertriebenen *Pandits* (Brahmanen aus dem Tal von Kashmir) nach dort sowie die Aufhebung des Artikels 370 der Verfassung, der Landbesitz für indische Staatsbürger von außerhalb in J&K verbietet, sollen eine volle Integration dieses Staates in die Indische Union ermöglichen. Die BJP setzt sich für weitere kleinere Staaten ein. Spezielle Aufmerksamkeit soll dem indischen Nordosten mit seiner Infiltration aus Bangladesh sowie den verschiedenen Unionsterritorien zukommen.

Eine überfällige Reform des Justizwesens wird versprochen, ebenso des Wahlrechts mit der Forderung, die Unterhauswahl zusammen mit den Wahlen zu den Einzelstaatsparlamenten zu verbinden, auch um die Wahlkampfkosten zu reduzieren und mehr Stabilität zu gewährleisten. Außerdem sollen die Dorfräte gestärkt werden.

Zum Schluss bekennt sich die BJP zur *Bewahrung des kulturellen Erbes* und dabei insbesondere zum Tempel für den Hindu-Gott *Ram* in Ayodhya, zur Reinigung des *heiligen Ganges*, zur Förderung der *Kub und ihrer Nachkommenschaft*, zur autonomen Verwaltung von Kloestern und Tempeln sowie zum Schutz von moslemischem *Waqf-Eigentum*. Denkmäler sollen geschützt und indische Sprachen wie Sanskrit, Tamil und Urdu gefördert werden.

Communist Party of India/Marxist

Die CPI/M schmiedete mit mehreren Parteien zusammen eine sogenannte „dritte Kraft“ als Alternative zum Congress und zur BJP. In ihrem eigenen Programm brandmarkt die Partei die Angriffe von Organisationen der „*Familie des Bundes*“ (Sangh Parivaar) auf Muslime und Christen in verschiedenen Landesteilen, angeblich mit Duldung durch von der BJP geführte Landesregierungen. In diesen Staaten seien vor allem Künstler und Schriftsteller einem erheblichen Druck durch eine „*faschistische Mentalität*“ ausgesetzt.

Die UPA, von 2004 bis Juli 2008 durch die CPI/M von außen unterstützt, sei nicht in der Lage gewesen, eine feste und konsistente Haltung gegen die „*Verwüstungen der kommunalen Kräfte*“ einzunehmen. „*Die Zentralregierung hätte scharf vorgehen müssen gegen Organisationen wie den Bajrang Dal (den Affengott Hanuman verehrende Jugendorganisation des „Weltrats der Hindus“) nach der Gewalt in Kandhamal und anderswo im Land. Aber sie hat dies nicht getan.*“

Die CPI/M unterstellt der BJP, sie vertrete „*undestillierten Kommunalismus, der nur die nationale Einheit spalten kann*“. Die BJP wende sich gegen eine Verbesserung der Lebenslage der 150 Millionen Muslime mit dem Begriff des „*minority appeasement*“, also einer unterstellten Beschwichtigungspolitik gegenüber religiösen Minderheiten. Die CPI/M kritisiert auch, dass die BJP Terrorismus mit Muslimen gleichsetze und dadurch seine vielfältigen Ursachen verkenne.

Wirtschaftspolitisch wird der BJP unterstellt: „*Die Bilanz der BJP geführten Staatsregierungen macht es mehr als klar, dass es eine Partei ist, die sich völlig rechts gerichteten Wirtschaftspolitiken der Privatisierung und einer freien Marktwirtschaft verschrieben hat.*“

Nach diesen Angriffen auf die BJP postuliert die CPI/M, dass sie „für eine Trennung von Religion und Politik“ eintrete. „Kommunaler Gewalt“ müsse entschieden begegnet und säkulare Werte sollten seitens des Staates in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten werden. Eine klare Gesetzgebung zur „kommunalen Gewalt“, schnelle Gerechtigkeit und angemessene Kompensation für die Opfer dieser Gewalt, wie es z. B. nach den Pogromen in Gujarat in 2002 erforderlich gewesen wäre, werden gefordert. Exemplarische Strafen und die Überarbeitung von Schulbüchern, die Vorurteile fördern, werden u. a. gefordert.

Eine „Kommission für Chancengleichheit“ soll der Diskriminierung der Minderheiten begegnen, speziell von Muslimen bei Beschäftigung, Erziehung sowie der Förderung von Urdu.

Kurze Bemerkungen zu einigen Regionalparteien

Regional- bzw. besser Einzelstaats-Parteien sind wohl ein dauerhaftes Phänomen der indischen Politik, obwohl sich vielleicht einige unter ihnen in Zukunft einer verschärften Konkurrenz durch *Congress* und *BJP*, den beiden nationalen Parteien mit begrenzter Reichweite, ausgesetzt sehen dürften. Viele dieser Parteien sind vorzüglich organisiert und einige haben sogar lange Zeiten in der Opposition überlebt.

Der Appell an regionale Geschichte und Kasten-Identitäten sowie eine Art populistischer Wettbewerb mit handfesten Wahlgeschenken kennzeichnen diese sich sehr stark an Führungspersonlichkeiten orientierenden Parteien, die allerdings auch zunehmend *good governance*, wie der große Erfolg der Janata Dal United in Bihar bei dieser Wahl verdeutlichte, propagieren.

Die *Telugu Desam Party* aus Andhra Pradesh versprach in ihrem 64-seitigen Programm u. a. *Wirtschafts-, Nahrungs- und Gesundheits-Sicherheit*, außerdem Farbfernseher für Bürger unterhalb der Armutsgrenze. Sogenannte *Entwicklungskorridore* sollten für 2.5 Mio. Arbeitsplätze sorgen. Insgesamt sollten 5 Mio. Arbeitsplätze im staatlichen und privaten Sektor geschaffen werden und Arbeitslose monatlich 1 000 Rupien (ca. 15 Euro) erhalten. Die TDP versprach stabile Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und einen *Fonds zum Schutz der Bauern*.

Die 1949 gegründete und in Tamil Nadu regierende *Dravida Munnetra Kazhagam* (DMK) versteht sich als „*vibrierende sozio-ökonomische und politische Reformbewegung*.“ Auf nationaler Ebene beteiligte sie sich seit 1989 an nunmehr fünf verschiedenen Koalitionsregierungen. Sie rühmt sich, in der sozial-emanzipatorischen und anti-brahmanischen Tradition der *dravidischen Bewegung* die Reservierungen 1989/90 für Angehörige der *anderen rückständigen Kasten* (OBC's) maßgeblich beeinflusst zu haben. Das Programm verweist auf die konkreten Erfolg, u. a. im Infrastrukturbereich, durch die von DMK-Politikern geführten Ministerien der UPA-Regierung zwischen 2004 und 2009. In diesem Zeitraum gingen 11% der Planausgaben der Unionsregierung nach Tamil Nadu. Das DMK-Programm wendet sich vor allem sehr detailliert (Reservierung, Wohnungsbau, Gesundheit, Ausbau von Flughäfen und Bahn etc.) an die benachteiligten Schichten der Gesellschaft, konkret auch an die Fischer und Frauen. Die DMK bekennt sich explizit zu säkularer und guter Regierungsführung, religiöser Harmonie, sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung.

Einige Charakteristika des Wahlkampfes

Die BJP versuchte, den Wahlkampf in eine Art präsidentielle Auseinandersetzung zwischen L. K. Advani, ihrem erklärten Kandidaten für das Amt des Premierministers, und dem von ihr als „*schwächsten indischen Premierminister*“ bezeichneten Manmohan Singh zu verwandeln. Sonia Gandhi ihrerseits

bezeichnete Advani „als Sklaven des RSS“ und unterstellte, dass „Kommunalismus schlimmer als Terrorismus“ sei.

Advani forderte die Regierung auf, geschätzte 1.4 Trillionen US \$ illegaler Gelder von ausländischen Konten, insbesondere in der Schweiz, zurück zu holen. Als eine große Belastung für die BJP sollten sich die Hass-Tiraden ihres jungen Kandidaten Varun Gandhi²² bei einer mitgeschnittenen Wahlkampfveranstaltung gegen Muslime und Sikhs erweisen, zumal sich die Parteiführung davon nicht distanzierte. Dies dürfte auch für die schweren Übergriffe gegen Christen in Orissa sowie teilweise in Karnataka durch RSS-Frontorganisationen im Vorfeld der Wahl zutreffen. Insgesamt mangelte es in diesem Wahlkampf jedoch an wirklich nationalen Themen, sodass regionale und lokale Fragen die Auseinandersetzungen weitgehend bestimmten.

Ausblicke

Wie soll man dieses indische Parteiensystem wirklich verstehen? Handelt es sich, so Kritiker, um die schier uneinnehmbare Festung der politischen Klasse? Oder gilt es nicht vielmehr in der geschichtlichen Rekonstruktion, dieses wohl einzigartige demokratische System mit all seinen Besonderheiten und seinen (informellen) Funktionsmechanismen nicht doch noch besser zu verstehen zu lernen?²³ Wieweit bewirkt der „zweite demokratische Aufbruch“, so Indiens führender Politologe Yogendra Yadav, Veränderungen innerhalb der Parteien und zwingt somit zu größerer Rechnungslegung und Verantwortlichkeit seitens der Regierenden? Wie steht es um das Spannungsverhältnis zwischen nationalen, regionalen und lokalen Themen?

Ashish Nandy meint: „Im weitesten Sinne spielen lokale Interessen eine größere Rolle als viele sich vorstellen, betrachtet man die vorhandenen Daten, denn die meisten Parteien positionieren sich auf lokaler Ebene sehr viel anders. Etwa 20% der Muslime stimmten in Gujarat bei der letzten Wahl für die BJP. Sie waren sicherlich nicht von Liebe für Narendra Modi und seine Ideologie durchdrungen.“²⁴

Der spürbare Unmut beachtlicher Teile der urbanen Zivilgesellschaft gegen die Regierenden nach den schrecklichen Terroranschlägen vom 26. November 2008 führte auch zur Kandidatur von prominenten und berufstätigen Unabhängigen in Mumbai, Bangalore und Delhi sowie zur Gründung der *Professionals Party of India*, die allerdings alle an den Wahlurnen weit abgeschlagen scheiterten.

Die vergleichende Analyse der Parteiprogramme zeigt durchaus beachtliche Übereinstimmungen in vielen Sachpunkten zwischen dem Congress und der BJP, aber auch mit Kernaussagen regionaler Parteien. Obwohl es ähnliche ideologische Strömungen sowohl im Congress (*soft Hindutva*) als auch der BJP gibt, denkt jedoch keiner ernsthaft über eine „große Koalition“ zwischen den beiden größten Parteien nach.

In der BJP, der es nach 2004 auch 2009 nicht gelang wieder stärkste Partei zu werden, toben gegenwärtig unerbittliche Fraktions- und Richtungskämpfe angesichts des bevorstehenden Generationswechsels und einer möglichen Neudefinition ihrer ideologischen Grundlagen. Mit dem unzeremoniel-

²² Varun Gandhi ist der Sohn der früheren Unionsministerin und Parlamentsabgeordneten Maneka Gandhi, der Schwaegerin von Sonia Gandhi,

²³ Vgl. Dhawan, a. a. O.

²⁴ Ashish Nandy, a. a. O.. „Broadly, local interests play a bigger role than many imagine, according to available data and most parties strike a different kind of posture at the grassroots level. About 20% of Muslims voted for the BJP in Gujarat in the last elections; they certainly were not oozing with love for Narendra Modi and his ideology.“

len Parteiausschluss von Jaswant Singh nach seiner Buchveröffentlichung „Jinnah: India-Partition-Independence“²⁵, die den Staatsgründer Pakistans nicht dämonisiert und die Mitverantwortung von Jawaharla Nehru sowie Sardar Patel²⁶ an der „*Vivisektion*“ des Subkontinents betont, wird das faktische Ende der inklusiven und bis zu einem gewissen Grade „*liberalen*“ Vajpayee-Aera besiegelt.

Nach Ansicht von Dr. Manoj Joshi muss das „*de facto oligarchische (politische) System sich noch in ein demokratisches entwickeln.*“²⁷ Wichtige Katalysatoren für diese Prozesse sind Parteien, ihre Programme sowie wirkliche Formen interner Demokratie, um das System einer *demokratisch legitimierten, bürokratischen Staatsklasse mit zunehmenden plutokratischen und kriminellen Tendenzen sowie gesellschafts- und wirtschaftspolitisch struktureller Gewalt* („Leiden des indischen Volkes“) zu reformieren. Der sich verstärkende innergesellschaftliche Druck könnte einige der überfälligen Reformen durch die neue Regierung beschleunigen und Teile der indischen Zivilgesellschaft in den Städten und Dörfern zu aktiven Teilnehmern an diesen Prozessen machen, um die innere Kohäsion dieses einzigartigen multi-ethnischen Staates zu stärken.

²⁵ Jaswant Singh: Jinnah: India – Partition – Independence. Rupa & Co, New Delhi, 2009. Die viel beachtete Praesentation fand am 17. 8. 2009 im Auditorium der *Nehru Memorial Library* in New Delhi statt. Zwei Tage spaeter, kurz vor Beginn des *Chinhan Baithak* (Introspektions- oder auch Brainstorming-Sitzung) der Parteispitze in Shimla, wurde der fruehere Aussen-, Finanz- und Verteidigungsminister unzeremoniell per Telefonanruf durch den Parteivorsitzenden Rajnath Singh aus der BJP, zu deren Gruendungsmitgliedern er gehoerte, ausgeschlossen. Beobachter vermuten dahinter massiven Druck des RSS, da Jaswant Singh den Kern der RSS-Ideologie im Prinzip in Frage stellte.

²⁶ Der ehemalige Innenminister Sardar Patel wird wegen der Eingliederung der ehemaligen Fuerstenstaaten in die Indische Union als der „indische Bismarck“ bezeichnet und genießt in der BJP und dem RSS hoechstes Ansehen.

²⁷ Manoj Joshi: Crime without punishment. Mail Today, 20. 8. 2009, p. 10 („...this country’s de facto oligarchic system is to evolve to a truly democratic one.”)